

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

№ 215.

Erscheint jeden Wochentag Abends 7 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

38. Jahrgang.
Mittwoch, den 16. September.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gepaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf.

1885.

Die Zerknirschtheit der Parteien.

Für die Stellung der politischen Parteien in Deutschland zu einander und zur Reichsregierung wird der Ausfall der am 12. November d. J. bevorstehenden Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus wahrscheinlich entscheidend sein. Die Rückwirkung auf den deutschen Reichstag ist schon deshalb unausbleiblich, weil der Leiter der deutschen Politik das Fortwirthschaften mit der jetzigen zusammengewürfelten Mehrheit in beiden Parlamenten selbst für unmöglich hält und es jetzt mehr als je empfindet, daß in einem konstitutionellen Staat ein festes und zuverlässiges Parteiwesen auf die Dauer ebenso unentbehrlich ist, wie eine festorganisirte ausführende Gewalt. Wenn Fürst Bismarck seit Jahren um augenblicklicher Zwecke willen auf jeden festen Zusammenhalt zwischen den zu einer Regierungsmehrheit geeigneten und bereiten Parteien verzichtete, so hat dabei dieser weit-sichtige Staatsmann jedenfalls unter dem zwingenden Druck von Verhältnissen gestanden, die er selbst sicher tief beklagte. Es geht dies deutlich aus dem bitteren Ton hervor, in welchem die offiziöse „Nordb. Allg. Ztg.“ die jetzige Zerknirschtheit der Parteien beklagt, die im deutschen Reichstage nicht geringer ist, wie im preussischen Landtage. Selbst das ultramontane Centrum, das von allen politischen Parteien noch die stärkste und zielbewussteste ist, behält sich das Zusammengehen mit der Regierungspartei, wie mit der entscheidendsten Opposition von Fall zu Fall vor; die Konservativen schwanken zwischen den Merkmalen und den National-liberalen; die letzteren theilen ihre Neigung zwischen den Konservativen und den Freisinnigen und diese wiederum zwischen den Nationalliberalen und dem Centrum. So fehlt dem politischen Leben jeder feste Halt und die positive Fortarbeit für die Wohlfahrt und Entwicklung des Reiches wie der Einzelstaaten wird immer schwerer. Zu den preussischen Landtagswahlen hat das Centrum durch die Katholikentage in Münster und in Schleisien eine wenig regierungsfreundliche Einleitung getroffen. Die Nationalliberalen hielten ebenfalls einige Parteitage ab; die deutschfreisinnige Partei musterte in den letzten Tagen in Breslau ihre Streitkräfte, nur die Konservativen zeigen sich noch ziemlich unentschieden. Zu dem schlesischen Parteitage der Deutschfreisinnigen hatten sich am Sonnabend in Breslau 120 Delegirte eingefunden. Abends 8 Uhr fand eine Versammlung statt, bei der die Reden der Abgeordneten Alexander Mayer, Träger und Zelle von einer aus Tausenden bestehenden Menge enthusiastisch aufgenommen wurden, ebenso die Rede Richter's, der an Stelle Eugen Richter's, welcher unpäplich war, sprach. Nach Schluß der Versammlung um 11 Uhr blieb man noch zu einem geselligen Zusammensein. Am Sonntag fanden die Beratungen der Delegirten statt.

Um endlich eine Klärung des verwickelten und trüben Parteilebens herbeizuführen, empfiehlt das Lieblingsorgan des deutschen Reichskanzlers ein Zusammengehen der Nationalliberalen mit den Konservativen. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ meint, daß bei richtiger Auffassung des Staatsgedankens die „Konservativen aller Schattirungen“ ebenso wie die Nationalliberalen sowohl die Deutschfreisinnigen wie die Ultramontanen als gemeinsam zu bekämpfende Gegner betrachten müßten. Es ist höchst bedauerlich, daß das Berliner Regierungsblatt jetzt in so unverblühter Weise dieselbe Lösung aus-spricht, wie einst Gambetta: „Der Merkmalismus ist der Feind!“ Wie das ministerielle Organ dahin gelangt ist, läßt sich durch eine Neuerung der ebenfalls offiziellen alten Wiener „Presse“ erklären, welche sich in folgender Weise über die preussischen Verhältnisse äußert: „In Münster wurde das tridentinische Konzil und seine Beschlüsse als die Basis für die Staatsordnung erklärt, und in der Wartburg wurde dieser Forderung der „protestantische Geist“ entgegengesetzt. Das sind ernste, das sind historische Gegen-sätze, an denen das alte deutsche Reich verblutete, die das neue Reich ausgleichen oder verdauen muß.“ Wenn aber auch im Katholikentag in Münster und in der General-versammlung des Gustav-Adolf-Vereins in Eisenach der Gegensatz der politischen Parteien in Deutschland scharf aus-geprägt wurde, ist der jetzt von Berlin aus verlangte Kampf gegen den Ultramontanismus vielen Regierungsfreunden sehr unwillkommen. Daß die Konservativen aller Schattirungen in Preußen sich zu antiklerikalen Grundätzen bekennen sollen, ist eine Zumuthung, welche die „Kreuzzeitung“ sofort entschieden zurückgewiesen hat. Dieses Blatt, welches denjenigen Merkmalen nach wie vor als Bundesgenossen betrachtet, er-innert das Regierungsblatt an die verschiedenen, dem Reichs-komplex von der konservativ-merkmaler Mehrheit im Reichs-

tage und im preussischen Abgeordnetenhaus geleisteten Liebesdienste und beharrt bei dem Widerstand gegen jedes Zusammengehen mit den Nationalliberalen. Ob die Schaar der Anhänger der „Kreuzzeitung“ größer ist als diejenige der von der „Post“ vertretenen, den Nationalliberalen ziemlich nahestehenden Freikonservativen, kann sich erst bei den nächsten preussischen Landtagswahlen ergeben. Bei denselben wird sich voraussichtlich eine vollständige Scheidung innerhalb der konservativen Partei vollziehen. Diese Trennung ist schon im Werte, da die rheinischen Konservativen sich schon ebenso bestimmt für ein Zusammengehen mit den Nationalliberalen erklärt haben, wie die hessischen Kon-servativen gegen dieselben und für das merkmalere Centrum.

Von solcher Zersplitterung der preussischen Konservativen, die gar nicht im Sinne der „Nordb. Allg. Ztg.“ gelegen haben mag, werden die Liberalen nur Vortheil haben, zumal dieselben gar nicht daran denken, auf offiziöse Anordnung bei den Wahlen den konservativen Kandidaten gegenüber auf Aufstellung eigener Kandidaten zu verzichten. Bei aller regierungsfreundlichen Gefinnung ist die Partei, welche sich die Behebung und Förderung des deutschen Einheitsgedankens zum Ziel setzt, von solchem politischen Selbstmord weit entfernt. Sie hat bei den letzten Reichstagswahlen jeden andern Kandidaten gegen denjenigen der Ultramontanen unterstützt und wird dies auch bei den nächsten preussischen Landtagswahlen wieder thun. Sie steht aber heute noch als liberale Partei den eberwältigten Sezessionisten weit näher als den Kreuzzeitungsmännern und so lange die preussische Regierung zwischen sich und diesen offenen Freunden ihrer merkmalere Gegner nicht das Tisch Tuch völlig zerfchneidet, so lange ist an das Zustandekommen einer konservativ-liberalen Regierungsmehrheit nicht zu denken. Die neuesten Äußerungen der Parteioorgane lassen darüber nicht den geringsten Zweifel zu. Das „Frankfurter Journal“ schreibt: „So lange die „Norddeutsche“ immer noch die Schaufel der „Kreuzzeitung“ mit in Bewegung setzt, so lange sie sich von diesem Auswuchs, welcher sich zu Kompromissen mit jedem beliebigen staatsfeindlichen Elemente hergiebt, nicht durch einen entschlossenen Schritt löstrennt, hat sie nicht das Recht, die Schritte anderer Parteien als vom Wege führend zu bezeichnen.“ Noch viel deutlicher drückt sich die „National-Zeitung“ aus, indem sie als die eine Aufgabe der Liberalen bei den Wahlen in Preußen die Bekämpfung des Ultramontanismus hinstellt und als die andere, Front zu machen zur Vertheidigung der Selbstverwaltung und der Rechtsgleichheit. Das liberale Blatt sagt über die letztere Aufgabe wörtlich: „Man muß sich an die für den Geist der jetzigen inneren Politik be-zeichnenden Thatfachen halten. Viel belehrender, als alle Erörterungen darüber, ob das herrschende System sich mit den liberalen Ideen der Selbstverwaltung befreundet habe, ist ein einziges Faktum wie das Eingreifen des Stettiner Regierungspräsidenten in die Verfügung der Kommune über ihre Straßen. Wenn man sich darüber vergewissern will, ob die Gleichheit vor dem Gesetze in Preußen schon unantastbar fest steht oder noch der Verthei-digung bedarf, dann braucht man sich nur zu vergegen-wärtigen, daß die Staatsanwaltschaft zwar für einen auf das Wütheste agitirenden, konservativen Hofprediger, als er beleidigt worden war, einschritt, in dem Schutze eines libe-ralen Richters gegen die schwersten Beleidigungen aber kein öffentliches Interesse erblickt. Wer zu der optimistischen Ansicht neigt, die gehässigsten Vorgänge unserer Verfassungs-kämpfe könnten sich jetzt nicht mehr wiederholen, der erinnere sich der vor einer Anzahl preussischer Gerichte schwebenden Klagen des Fiskus auf Herauszahlung von Parteidiäten.“ Nach Ansicht der „Nationalzeitung“ ist dagegen die liberale Partei nicht verpflichtet, in dem systemlosen Gebäude kirchen-politischer Bestimmungen, das nach einem halben Duzend „Novellen“ übrig ist, jeden Stein für wichtig zu halten. Sie könne vielmehr mit kühler Gelassenheit zusehen, wenn die konservative Kirchenpolitik und die Bischöfe über „Fleiß-zeugnisse“ in Streit gerathen. Was an den jetzt geltenden kirchenpolitischen Gesetzen noch werthvoll sei, die Vorbildung der Geistlichen auf deutschen Gymnasien und Universitäten, der Schutz gegen den Mißbrauch der kirchlichen Straf- und Zuchtmittel zu nichtkirchlichen Zwecken, die Ausschließung der Orden aus den Schulen und die Beschränkung des Ordenswesens überhaupt, das solle jedoch wirksam verthei-digt werden.

Mit diesem ebenso regierungsfreundlichen als selbständigen Programm erscheint die nationalliberale Partei ziemlich zu-versichtlich auf dem Wahlplatze. Nachdem es bekannt worden, daß am 12. Nov. die Wahlen bestimmt erfolgen,

wird auch die Agitation der anderen Parteien eine ziemlich lebhaft werden. Bis jetzt waren an vielen Orten die Vor-beretungen noch sehr im Rückstand; in der Mehrzahl der preussischen Wahlkreise sind die Aufstellungen der Kandidaten und die Entschliessungen der verschiedenen Parteien über das taktische Vorgehen heute noch nicht beendet. Die bis-herigen Äußerungen der preussischen Regierungsorgane waren auch nicht geeignet, die Sache in Fluß zu bringen und die von ihnen so lebhaft beklagte Zerknirschtheit der Parteien zu mindern. Wenn eine liberal-konservative Mittelpartei die Politik des Reichskanzlers im deutschen Reichstage und im preussischen Abgeordnetenhaus kräftig unterstützen soll, muß erst ein vollständiger Bruch mit dem System erfolgen, das seine Stütze bei einer konservativ-merkmalere Mehrheit suchte und fand. Zu solchem Entschluß dürfte die preussische Regierung aber erst gelangen, wenn die nächsten Landtagswahlen den Schwerpunkt mehr nach links verlegen.

Tageschau.

Freiberg, den 15. September.

Der deutsche Kaiser, dessen Befinden ein vorzügliches ist, wohnte am Sonntag Abend in Karlsruhe mit dem Großherzog und der Großherzogin von Baden und den anderen Fürlichkeiten der Galavorstellung im Hoftheater bei, bei welcher die Oper „Noah“ von Halévy und Bizet zur Auf-führung gelangte. Der Kaiser saß während des ersten Aktes in der großen Hofloge, hielt darauf im Foyer Cercle und nahm während des zweiten Aktes in der Loge des Großherzogs und der Großherzogin Platz. Das günstigere Wetter gestattete am gestrigen Montag die Fortsetzung der Korpsmanöver der 28. und 29. Division, die bei Palmbach und Stupperich in Gegenwart des Kaisers glänzend verlaufen sind. Bei der Fahrt durch Durlach wurde der greise Monarch enthusiastisch begrüßt. Derselbe wird nun auch noch den Wandern in Württemberg bewohnen und voraussichtlich am 16. d. M. Abends oder am 17. September früh von Karlsruhe abreisen, um sich mit dem deutschen Kronprinzen und den anderen anwesenden königlichen Prinzen nach Stuttgart zu begeben.

Am Sonnabend hat im auswärtigen Amte zu Berlin unter dem Vorsitze des kaiserlichen Gesandten von Kasserow eine kolonialpolitische Konferenz von erheblicher Tragweite stattgefunden. Es handelte sich um einen Meinungsaustrausch über die Stellung der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft und der in Zanzibar etablierten Hamburger Häuser zu einander. Das Ergebnis der mehrstündigen Berathung war für alle Theile befriedigend. Als praktisches Resultat ergab sich, daß die hanseatischen Häuser eine Erklärung dahin abgaben, der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft unter Bedingungen beizutreten zu wollen, welche von dieser annehmbar befunden worden sind. Bei der Konferenz war die Reichsregierung außer durch von Kasserow durch die Konsule Arendt und Raschbau ver-treten, die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft durch Karl Peters, Hofmarschall v. St. Paul Illaire, Graf Behr-Bandelin und Karl von der Heydt, den Chef des bekannten rheinischen Bankhauses. Für die hanseatischen Interessen waren erschienen die Chefs der beiden Handlungshäuser W. Oswald, Hausing und Komp., sowie Ottens, welcher die letztere Firma lange Jahre hindurch in Zanzibar vertreten hat. — Gestern erledigte die in Berlin tagende Internationale Telegraphen-Konferenz die zweite Lesung des Reglements-Entwurfs und nahm die Bedingungen Brasiliens für die Ermäßigung der Telegraphie-gebühren an. Eine längere Debatte riefen die Transit-Tarife Indiens und die Terminal-Tarife der Türkei hervor. Man hofft jedoch heute hierüber zu einer Verständigung zu gelangen. Die Konferenz ertheilte der Geschäftsführung des internationalen Bureaus unter einstimmiger Anerkennung der Dienste derselben mit einem Dankesvotum für die schweizerische Verwaltung Decharge.

Ein sehr auffallender, unverkennbar offiziöser Artikel der „Kölnischen Zeitung“ wendet sich scharf gegen die französische Presse, namentlich gegen die „Agence Havas“, bei deren offi-ziosem Charakter man erkenne, daß trotz der friedliebenden Politik der französischen Republik in der Regierung einzelne Elemente seien, welche einen entgegengesetzten Einfluß un-kontrollirbar ausüben verständen. Das Kölnische Blatt schreibt, man werfe in Paris Deutschland vor, es beabsichtige, den französischen Einfluß in den Pyrenäen zu unterdrücken, während doch Deutschland das politische Schicksal Spaniens ganz gleichgiltig sein könne und es auch niemals gegen eine spanisch-französische Fusion Einspruch erheben würde. Man sehe aber, Drouot's Bemühungen hätten Wurzel geschlagen, und die Republik sei wohl nicht mehr im Stande, dem Revanchestrom Einhalt zu gebieten. Das sei im Interesse des